

Lebhafte Debatte: Delegiertenversammlung beschließt Resolution zur Kinderarmut

Bericht von der Delegiertenversammlung am 19. Februar 2025

Die Tagesordnung der Sitzung war umfangreich. Unter anderem ging es um die bevorstehende Organisationsstruktur-Reform Weiterbildung ab April 2025 und die Einführung der elektronischen Patientenakte (ePA). Diese wurde vom zuständigen Ausschuss kritisch beurteilt. Darüber hinaus verabschiedeten die Delegierten eine Resolution gegen Kinderarmut, die in ihrer konkreten Formulierung ausführlich diskutiert und schließlich nur mit Änderungen angenommen wurde.

Dr. med. Katharina Thiede (FrAktion Gesundheit) nutzte den ersten Tagesordnungspunkt, um zu fragen, ob es bereits Überlegungen für ein Nachfolgeprojekt für die eingestellte Arbeitsgruppe CIRS ambulant gebe, in der niedergelassene Berliner Ärzt:innen regelmäßig Behandlungsberichte gesichtet und kommentiert haben. Ass. jur. Michael Hahn, Geschäftsführer der Ärztekammer Berlin, antwortete, dass die Arbeitsgruppe in ihrer Arbeit zunehmend schwächer geworden sei. So seien die Ergebnisse und die Beteiligung an der Arbeit in der Arbeitsgruppe rückläufig gewesen. Daher habe man sich entschlossen, sie aufzulösen. PD Dr. med. Peter Bobbert (Marburger Bund), Präsident der Ärztekammer Berlin, ergänzte, derzeit sei kein Ersatz für die Arbeitsgruppe geplant, Anregungen seien jedoch sehr willkommen.

Im Rahmen der schriftlichen Mitteilungen des Vorstandes informierte der Präsident über den Start der Organisationsstruktur-Reform Weiterbildung zum 1. April 2025. Ambitioniertes Ziel sei es, das Angebot der Ärztekammer Berlin deutlich zu verbessern, indem Anträge zu Facharztprüfungen und Weiterbildungsbefugnissen innerhalb von acht Wochen entschieden werden. Hierzu würden administrative Prozesse bei der Prüfungszulassung und der Befugniserteilung ersatzlos gestrichen, organisatorische Abläufe neu strukturiert und ehrenamtliche Gremien in ihrer Anzahl reduziert. Allen Beteiligten sei bewusst, dass dies zunächst eine enorme Belastung für das Hauptamt bedeute und dass es eine Übergangsphase geben werde, betonte Bobbert.

Dann berichtete der Präsident vom neuen Format „Kammer vor Ort“. Dabei handelt es sich um ein Angebot an Kliniken, diese mit Vertreter:innen der Ärztekammer Berlin zu besuchen und vor Ort Fragen der Ärzt:innen, die sich mutmaßlich

vorwiegend um die Weiterbildung drehen werden, zu beantworten. Es folgte ein Hinweis auf die Veranstaltung „Forum für junge Ärzt:innen“, die am Dienstag, dem 8. Juli 2025, von 18 bis 20 Uhr in der Friedrichstraße 16 stattfinden werde. Die Anmeldung sei bereits auf der Website möglich:

→ www.aekb.de/veranstaltungenkalender

Am 23. Januar 2025 sei die Ärztekammer Berlin von der Firma D-Trust über einen Hackerangriff auf deren Antragsportal für Signatur- und Siegelkarten informiert worden, fuhr Bobbert fort. Das zur Bundesdruckerei gehörende Unternehmen bietet Sicherheitslösungen und Zugangskarten für den besonders sensiblen Bereich der elektronischen Gesundheitsdaten an. Betroffen von dem Angriff waren mehrere Landesärztekammern, darunter auch die Ärztekammer Berlin. Konkret sind personenbezogene Daten von 893 Mitgliedern der Ärztekammer Berlin ausgelesen worden. Sowohl die Kammermitglieder als auch die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit wurden durch die Ärztekammer Berlin fristgerecht informiert. Wie D-Trust inzwischen mitgeteilt habe, sei der Angriff wohl von einem sogenannten White-Hat-Hacker (= anonymer Sicherheitsforscher) ausgegangen. Die ausgelesenen Daten seien gelöscht worden.

Abschließend berichtete Bobbert, dass der alljährliche Kammertag neu ausgerichtet werden soll. So plane man, in diesem Jahr kein aufwendiges gesundheitspolitisches Format zu veranstalten, sondern sich auf die Verleihung des Georg Klemperer-Preises zu konzentrieren. In entspannter Atmosphäre und in kleinem Rahmen solle der Preis am 24. Juli 2025 auf der Dachterrasse der Kammer verliehen werden – vorausgesetzt, das Wetter lasse dies zu. Andernfalls werde man wie gewohnt in den Konferenzsaal ausweichen.

Berichte aus den Ausschüssen

Unter dem ständigen Tagesordnungspunkt „Berichte aus den Ausschüssen“ berichtete der Vorsitzende Dr. med. Christian Messer (Allianz Berliner Ärztinnen und Ärzte – MEDI Berlin – Virchowbund) aus dem Unterausschuss „Ambulante Versorgung“. Er sei von den Ausschussmitgliedern gebeten worden, über die Einführung der elektronischen Patientenakte (ePA) zu sprechen, so Messer. Es sei klar, dass sich alle eine zielführende Digitalisierung wünschten – diese müsse aber auch sicher sein. Die bereits bekannten Sicherheitslücken der ePA müssten daher dringend geschlossen werden. Den Versicherten sei oft nicht klar, dass ihre ePA nicht nur potenziell zwei Millionen Leser:innen im Gesundheitswesen zur Verfügung stehen, sondern dass ihre Daten auch für kommerzielle Zwecke weitergegeben werden könnten. Zudem hätten bisher nur 75 Prozent der Versicherten von der ePA gehört, berichtete Messer. Er forderte unter anderem eine breite Aufklärung der Versicherten durch die Krankenkassen, die zudem die Befüllung der ePA mit Gesundheitsdaten sofort stoppen und gleichzeitig Barrierefreiheit gewährleisten oder eine dezentrale Speicherung der Gesundheitsdaten anstreben sollten.

Seinen Bericht zur ePA schloss Messer mit der Information, dass die Delegiertenversammlung (DV) den Unterausschuss beauftragt habe, sich mit investorengetragenen Medizinischen Versorgungszentren (iMVZ) auseinanderzusetzen. Aufgrund der damit verbundenen rechtlichen Herausforderungen müsse dieser das Thema jedoch zurückgeben. Derzeit beschäftige sich der Ausschuss mit dem Thema Patientensteuerung. Die Nachfrage von Thiede, ob von Seiten des Vorstandes aufgrund dieses Berichtes Handlungen geplant seien, verneinte der Präsident und verwies darauf, dass dies lediglich ein Bericht gewesen sei. Man könne dazu auch gegenläufige Meinungen vertreten, die erst einmal in den Diskussionsprozess einfließen müssten. Dies könne, wenn gewünscht, in einer zukünftigen Sitzung der DV erfolgen.

Gremienwahlen

Es folgte die Wahl von Prüfer:innen für die Prüfungsausschüsse für die ärztliche Weiterbildung sowie die Benennung von Dr. med. Babett Ramsauer als neue Vorsitzende des Fortbildungsausschusses der Ärztekammer Berlin. Sie tritt die Nachfolge von Dr. med. Matthias Brockstedt an, der als Gast an der DV teilnahm. Bobbert nutzte die Gelegenheit, ihm im Namen der DV und des Vorstandes herzlich für seine „hervorragende, anerkannte und geschätzte Arbeit“ zu danken. Nicht nur in Berlin, sondern bundesweit habe er für seine Arbeit höchste Anerkennung erfahren. Die Delegierten bekräftigten Bobberts Worte mit zustimmendem Applaus.

Auf die Nachwahl eines Mitglieds für den Ausschuss zur Schlichtung von Streitigkeiten über Behandlungsfehler der

Ärztekammer Berlin folgte der mündliche Sachstandsbericht zur neuen Weiterbildungsordnung 2021 durch Dr. med. Antje Koch, Leiterin der Abteilung Weiterbildung / Ärztliche Berufsausübung. Danach wurden Expert:innen für die Weiterbildungsausschüsse der Ärztekammer Berlin benannt. Im Zuge der Organisationsstrukturreform Weiterbildung soll die Bearbeitung von Anträgen auf Anerkennung und auf Befugnis zur Leitung der Weiterbildung beschleunigt und vereinfacht werden. Dazu werden die Weiterbildungs-gremien angepasst.

Zudem wurden einstimmig eine Änderung der Gebührenordnung der Ärztekammer Berlin beschlossen und die Abgeordneten sowie Stellvertretungen der Ärztekammer Berlin für den 129. Deutschen Ärztetag vom 27. bis 30. Mai 2025 in Leipzig gewählt:

Berliner Abgeordnete für den 129. Deutschen Ärztetag		
Liste	Abgeordnete:r	Stellvertreter:in
Hausärztinnen und Hausärzte in Berlin	Doris Höpner	Dr. med. Sandra Blumenthal
FrAktion Gesundheit	Dr. med. Katharina Thiede	Dr. med. Sara Arewa
FrAktion Gesundheit	Julian Veelken	Dr. med. Helene Michler
FrAktion Gesundheit	Dr. med. Eva Müller-Dannecker	Dr. med. Katharina Partow
FrAktion Gesundheit	Matthias Marschner	Dr. med. Stefan Hochfeld
Marburger Bund	Dr. med. Laura Schaad	Dr. med. Katharina Kanthak
Marburger Bund	Dr. med. Susanne von der Heydt	Dr. med. Yüksel König
Marburger Bund	Prof. Dr. med. Jörg Weimann	Dr. med. Thomas Werner
Marburger Bund	Dr. med. Klaus Thierse	Prof. Dr. med. Mandy Mangler
Marburger Bund	Dr. med. Innokentij Jurastow	PD Dr. med. Malgorzata Lanowska
Marburger Bund	Dr. med. Matthias Albrecht	Dino Strajnic
Marburger Bund	Alexandra Archodoulakis	PD Dr. med. Peter Bobbert
Allianz Berliner Ärztinnen und Ärzte – MEDI Berlin – Virchowbund	Dr. med. Matthias Blöchle	Friederike Bennett
Allianz Berliner Ärztinnen und Ärzte – MEDI Berlin – Virchowbund	Dr. med. Klaus-Peter Spies	Dr. med. Regine Held
Allianz Berliner Ärztinnen und Ärzte – MEDI Berlin – Virchowbund	Prof. Dr. med. Vittoria Braun	Dr. med. Kathleen Chaoui
Allianz Berliner Ärztinnen und Ärzte – MEDI Berlin – Virchowbund	Dr. med. Christian Messer	Dr. med. Roland Urban

Resolution „Kinderarmut in Deutschland endlich entschlossen entgegnetreten“

Anschließend leitete Bobbert zum letzten Tagesordnungspunkt der Sitzung über. Zur Diskussion stand eine gemeinsam von Mitgliedern des Marburger Bundes und der Fraktion Gesundheit erarbeitete Resolution zur Bekämpfung von Kinderarmut. Mitglieder der Allianz Berliner Ärztinnen und Ärzte – MEDI Berlin – Virchowbund hätten in der vorangegangenen Sitzung des Vorstandes am Montag noch Änderungswünsche an dem Papier vorgebracht, die in der Kürze der Zeit jedoch nicht umgesetzt werden konnten. Gleichwohl bestehe der Wunsch, einen Konsens zu erzielen. Sollte es zu einer Vertagung des Themas kommen, müsse dies so beantragt werden, dass es in der DV im Mai 2025 abschließend behandelt werden könne.

Julian Veelken (Fraktion Gesundheit) erinnerte daran, dass das Thema bereits einmal vertagt und vor einem halben Jahr intensiv diskutiert worden sei. Damals sei angeregt worden, eine Arbeitsgruppe zur Verbesserung des vorgelegten Textes zu bilden. In einer Arbeitsgemeinschaft mit Mitgliedern seiner Liste und des Marburger Bundes sei eine anstrengende, aber vertrauensvolle Textarbeit geleistet worden. Im Ergebnis sei der Text nun besser als zuvor, so Veelken. Dies läge auch deutlich an den beteiligten Kinderärzt:innen des Marburger Bundes. Dafür wolle er sich ausdrücklich bei seinen Kolleg:innen bedanken.

Nun wolle er auf die Bitte, den Tagesordnungspunkt zu vertagen, eingehen, fuhr Veelken fort. Er habe es schon als inhaltliches Statement der Liste Allianz wahrgenommen, dass sie vor einem halben Jahr bei der erstmaligen Behandlung des Themas geschlossen den Saal verlassen habe. „Jetzt zu sagen, wir sind aber nicht gefragt worden“, sei unehrlich. Während der Textarbeit an dem Papier sei kein Mitglied der Allianz auf die Arbeitsgemeinschaft zugekommen. Daher plädiere er dafür, eine Vertagung abzulehnen, so Veelken.

Dr. med. Regine Held (Allianz Berliner Ärztinnen und Ärzte – MEDI Berlin – Virchowbund) betonte, Kinderarmut sei unbestritten ein wichtiges Thema. Sie störe sich jedoch an der ersten Forderung in der Resolution. Danach solle die Kassenärztliche Vereinigung Berlin (KV Berlin) dafür Sorge tragen, dass allen Eltern rechtzeitig Termine für die notwendigen Vorsorgeuntersuchungen angeboten werden. Man könne als ärztliche Institution anderen nicht vorschreiben, was diese zu tun haben. Vielmehr solle man schauen, wie man die KV Berlin darin unterstützen könne, dass sich beispielsweise mehr Kassenärzt:innen im unterversorgten Stadtteil Berlin-Marzahn niederlassen. Kinderarmut könne man ihrer Meinung nach auch dadurch begegnen, dass man als Ärztin oder Arzt in Schulen Gesundheitskompetenz vermittele und sich um Spenden bemühe.

Dr. med. Eva Müller-Dannecker (Fraktion Gesundheit) erinnerte daran, dass die offenen Punkte zu diesem Thema nicht diskutiert werden konnten, da die Liste Allianz die damalige Sitzung verlassen hatte. Zudem lasse die Formulierung in der Resolution der KV Berlin genügend Spielraum, um zu entscheiden, was zu tun sei. Gerade die Kinderärzt:innen würden in ihrer täglichen Arbeit sehen, wie wichtig das Thema Kinderarmut sei.

Dr. med. Andreas Quurke (Allianz Berliner Ärztinnen und Ärzte – MEDI Berlin – Virchowbund) brachte nacheinander drei Geschäftsordnungsanträge vor: Schluss der Debatte, Vertagung des Tagesordnungspunktes auf die DV im Mai und Antrag auf geheime Abstimmung. In der anschließenden geheimen Abstimmung wurde das Ende der Debatte mit nur einer Stimme Mehrheit abgelehnt.

Als ein Autor des Dokumentes und als Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin hielt Prof. Dr. med. Tobias Tenenbaum (Marburger Bund) fest, es sei ein Dokument entstanden, das sehr weitsichtig sei. Niemand werde damit an den Pranger gestellt. „Ich würde mir wünschen, dass man sich die Dokumente rechtzeitig anschaut und sich dann dazu äußert“, so Tenenbaum. Drei Tage vor der Sitzung zu erfahren, dass es noch Änderungsbedarf gebe, sei zu spät.

Die vorgebrachten Argumente seien scheinheilig und nicht nachvollziehbar. Über die Resolution werde seit einem halben Jahr diskutiert, ergänzte Prof. Dr. med. Christof Müller-Busch (Fraktion Gesundheit). „Das ist ein Armutszeugnis für die Kammer!“ Anschließend wandte sich Thiede an Held. Mit der Formulierung der Resolution habe man sich sehr viel Mühe gegeben. So habe man nicht geschrieben, die KV „muss“, sondern „möge“. Außerdem könne sie gerne Gesundheitsaufklärung an Berliner Schulen betreiben und auch privat spenden, aber das habe nichts mit der Resolution zu tun. Dr. med. Sandra Blumenthal (Hausärztinnen und Hausärzte Berlin) bedankte sich bei den Verfasser:innen für das listenübergreifende Papier. Es sei sehr gut geworden. Lediglich den Passus zur KV Berlin würde sie ändern wollen. Sie stellte einen entsprechenden Änderungsantrag, der den kooperativen Ansatz der Ärztekammer Berlin hervorheben solle.

Danach wandte sich Dr. med. Matthias Blöchle (Allianz Berliner Ärztinnen und Ärzte – MEDI Berlin – Virchowbund), Vizepräsident der Ärztekammer Berlin, direkt an Müller-Dannecker. Ihr habe es offenbar gefallen, seine Liste anzugehen und seinen Kolleginnen und Kollegen aus der Liste Allianz und ihm zu unterstellen, sie seien am Thema nicht interessiert. Er wolle dazu zwei Dinge sagen: Erstens habe er einen familiären Hintergrund, der von bitterer Armut geprägt sei. „Ich weiß genau, was Armut ist“, so Blöchle. „Zweitens: Ich engagiere mich persönlich gegen Kinderarmut“

weltweit.“ Er brauche keine Nachhilfe im Kampf gegen Kinderarmut, so Blöchle. An Müller-Dannecker gerichtet fragte er, was sie, die viele Jahre beim Vivantes Konzern gearbeitet habe, denn gegen den Niedriglohnsektor und die daraus resultierende Kinderarmut getan habe. Der Änderungsantrag von Blumenthal zum KV-Berlin-Passus gehe in die richtige Richtung, ihn störe aber, dass der prozentuale Anstieg der Kinderarmut im Armutsbericht 2024 vom Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, der in der Resolution zitiert werde, skandalisiert werde, ohne zu berücksichtigen, warum die Anzahl armer Kinder statistisch zugenommen habe.

Man könne Berichten des Statistischen Bundesamtes entnehmen, dass rund 1,5 Millionen geflüchtete Menschen in Deutschland Bürgergeld beziehen. Deren Kinder fänden sich im Armutsbericht wieder. Dies würde den Anstieg erklären. Daraus einen Skandal zu machen, halte er für völlig verfehlt, fuhr Blöchle fort. Die Bundesrepublik Deutschland sei ein sehr großzügiges Land, das die Flüchtlinge in gleicher Weise unterstütze wie die schon länger ansässige Bevölkerung. Eine solche Versorgung sei sonst nirgendwo auf der Welt anzutreffen. Im Grunde müsse der Spruch der Statue of Liberty auf Staten Island „Give me your tired, your poor, your huddled masses yearning to breathe free“ auf dem Reichstag oder dem Brandenburger Tor stehen. Aufgrund der diese Tatsachen nicht berücksichtigenden Diktion der Resolution könne seine Liste diesem Papier nicht zustimmen. Die DV habe nun die Möglichkeit, ein geteiltes Votum einzuholen oder eine konsensfähige Fassung in die Sitzung im Mai einzubringen. „Es liegt an Ihnen, ob Sie diese Möglichkeit wahrnehmen wollen“, schloss der Vizepräsident. Dr. med. Kathleen Chaoui (Allianz Berliner Ärztinnen und Ärzte – MEDI Berlin – Virchowbund) ergänzte mit Bezug auf die Forderung an die KV Berlin, dass eine zentrale Lenkung der Versorgung der unterversorgten Bezirke sicherlich nicht gewollt sei.

Müller-Dannecker eröffnete ihre Replik an Blöchle mit einem Dank für sein persönliches Engagement gegen Kinderarmut. Seine Vermutung, dass sie während ihrer Tätigkeit bei Vivantes nichts gegen Kinderarmut unternommen habe, wies sie zurück. Der Kampf gegen Kinderarmut sei ihr eine Herzensangelegenheit. Sie bat die Delegierten, dem Änderungsantrag zuzustimmen. Mit den Worten „Ich hoffe, es sind genug Menschen hier im Saal“ schloss Müller-Dannecker ihre Rede. Sowohl Veelken als auch Thiede begrüßten das private Engagement von Blöchle, jedoch habe dies nichts mit der Resolution zu tun. Sie sehe keinen Mehrwert in der Vertagung des Tagungsordnungspunktes, so Thiede. Vielleicht brauche es ein zweites Dokument, aber ihr sei nicht klar, was an der Kinderarmut geringer wiege, wenn auch Kinder mit Migrationshintergrund darunter seien. Sie könne nicht nachvollziehen, warum der Anstieg der Kinderarmut dadurch weniger skandalös sei.

Dr. med. Susanne von der Heydt (Marburger Bund) sagte, dass sich ihr nicht erschließe, wie man gegen die Resolution sein könne. Sie wisse nicht, wer in der Allianz – die gerne an dem Papier hätte mitarbeiten können, es aber nicht gemacht habe – in der pädiatrischen Versorgung tätig sei. Abgesehen davon, hätte es genug Zeit gegeben, sich einzubringen. „Es ist genau so“, fasste sie ihre Beobachtungen als Kinderärztin zusammen. Die in den Praxen sichtbare Kinderarmut treibe sie und ihre Kolleg:innen um. Den Änderungsvorschlag von Blumenthal fände sie sehr gut. Armut sei der größte Gesundheitsfaktor. „Darauf müssen wir aufmerksam machen“, so von der Heydt. „Wir haben eine Verantwortung für alle Kinder in Berlin.“ Das Papier sei listenübergreifend von den Kinderärzt:innen der DV erarbeitet worden und es sei auch eine Wertschätzung, das Ergebnis anzuerkennen. Tenenbaum betonte, dass die in der Resolution enthaltenen Fakten mit Quellenangaben belegt seien. Man könne sie hier coram publico diskutieren. Er könne nur dazu aufrufen, das Dokument zu unterstützen.

Der Änderungsantrag werde von ihrer Liste übernommen, so Thiede. Dies verkürze den Wahlvorgang. Quurke zog seinen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung zurück, da das Ziel seines Antrages eine neue Resolution gewesen sei. In der anschließenden geheimen Abstimmung stimmten 25 Delegierte mit Ja, fünf mit Nein und vier Delegierte enthielten sich. Damit wurde die Resolution „Kinderarmut in Deutschland endlich entschlossen entgegnetreten“ mehrheitlich von der DV angenommen.

Abschließend fasste der Präsident zusammen, dass die Diskussion kontrovers, offen und klar geführt wurde. Er dankte allen Beteiligten und schloss die Sitzung.

Die nächste Delegiertenversammlung findet am 21. Mai 2025 statt. /



Ole Eggert

Pressesprecher und Leiter der
Stabsstelle Presse / Gesundheitspolitik
Foto: André Wagenzik

Berichte, Anträge & Beschlüsse der Delegiertenversammlung

Unter → www.aekb.de/dv-online-dokumentation können die Ergebnisse aller Delegiertenversammlungen eingesehen werden.